



BAFU, BRO, 3003 Bern

**Referat Bruno Oberle, Direktor BAFU, anlässlich der Medienkonferenz  
zur Präsentation des Bundesamts für Umwelt BAFU vom 19. Januar 2006 in Bern**

## **Umweltpolitik ist Ressourcenpolitik**

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr verehrte Anwesende

Sie sind heute hier, weil Sie sich offenbar interessieren für etwas doch eher Trockenes wie ein neues Bundesamt und seine Führungscrew. Das freut mich. Und zugleich möchte ich Sie „warnen“: Wir können Ihnen heute nicht die grossen Schlagzeilen liefern.

Was ich Ihnen bieten kann,

- sind grundsätzliche Überlegungen zur Umweltpolitik mit einer kleinen historischen Einbettung.
- Überlegungen, was das neue Bundesamt für Umwelt BAFU für die Umweltpolitik der Schweiz künftig bringen kann und wie genau.
- Im weitern erläutere ich Ihnen gerne, wie wir die Herausforderungen an das Bundesamt für Umwelt organisatorisch anpacken wollen.
- Und zusammen mit meinen Direktionskollegen kann ich Sie informieren über die Schwerpunkte in diesem Jahr in unserem Amt.

### **Ist die Umweltpolitik am Ende?**

Ich beginne mit der Grundsatzfrage: Ist die Umweltpolitik heute am Ende, wie immer wieder gemunkelt wird? Schauen wir uns dazu einige statistische Angaben an.

Der Sorgenbarometer und der Univox-Umwelt-Trendbericht von 2005 zeigen uns tatsächlich: Der Zustand der Umwelt ist für unsere Landsleute keine Hauptsorge mehr und zwar seit einigen Jahren (Abb. 1). Dementsprechend sind immer weniger Leute bereit, Investitionen in die Umweltpolitik auf Kosten anderer Aufgaben aufzustocken, nämlich nur noch eine knappe Mehrheit der Befragten (Abb. 2).

Wollen Schweizerinnen und Schweizer also einen Abbau der Umweltpolitik? Die Antwort fällt ebenso klar aus: Nein, das möchten sie nicht! Nur eine eher marginale Minderheit wünscht sich einen Abbau. Die grosse Mehrheit hingegen findet die aktuelle Umweltpolitik entweder richtig oder möchte sogar mehr. Auffällig ist, dass die Meinungen der Befragten recht differenziert sind. Es ist ihnen offensichtlich klar, in welchen Bereichen mehr getan werden sollte und in welchen der heutige Ausbau genügt (Abb. 3).

Dies schlägt sich auch im Abstimmungsverhalten nieder. Umweltvorlagen werden mal angenommen, mal verworfen, wobei der Wunsch nach mehr Umweltpolitik in den grösseren Städten und in linken Kreisen am meisten verbreitet ist (Abb. 4, 5 und 6).

Wird jedoch die Frage gestellt, welche Faktoren die Lebensqualität der nächsten Generationen beeinflussen werden, findet sich die Umwelt wieder klar an der Spitze (GfS-Forschungsinstitut zum Thema „Perspektiven“, im Auftrag von Credit Suisse CS, Nov. 2002; Abb. 7).

Das Urteil der Gesellschaft in Bezug auf die Umweltpolitik ist also reservierter und differenzierter geworden. Umweltpolitik wird aber weiterhin als wichtig erachtet, insbesondere in einer langfristigen Perspektive.

Macht dieses Urteil Sinn? Wie können wir es interpretieren? Um diese Fragen zu beantworten, möchte ich Sie zu einem kurzen historischen Ausflug einladen.

### **Umweltpolitik war immer schon Ressourcenpolitik**

Das Verhältnis zur Umwelt, die Art und Weise, wie die natürlichen Ressourcen genutzt werden, ist eine *grundlegende Aufgabe* jeder Gesellschaft. Sie ist Ausdruck der Tatsache, dass natürliche Ressourcen an einem bestimmten Ort und mit einer bestimmten technologischen Entwicklung eine relative Knappheit haben. Jede erfolgreiche Gesellschaft hat ihr spezifisches Ressourcenproblem gelöst. Schafft eine Gesellschaft das nicht, kann sie langfristig nicht bestehen.

Dies galt gleichermassen für die Ägypter (Nilregulierung), die Römer (Aquädukte), die Maya (Entwicklung des Mais), das mittelalterliche Europa (Jagdregelung), das parlamentarische England (Geruchsemissionen der Themse) oder das befreite Indien (Salz- und Baumwollaufstand).

Ressourcen müssen erst einmal erschlossen, dann genutzt und schliesslich geschützt werden, damit sie nicht unkontrolliert erschöpft werden. Es scheint eine Eigentümlichkeit des Menschen zu sein, dass er diese Schritte nacheinander und nicht miteinander tut.

Und das gilt auch für die Schweiz.

### **Umwelt- und Ressourcenpolitik der Schweiz: Ein Rückblick**

Nehmen wir die Schweiz im 19. Jahrhundert. Wasser und Holz waren bei uns schon immer wichtige natürliche Ressourcen, nun erst recht: Ihre intensive Erschliessung erlaubte nämlich die frühe Industrialisierung des Landes. Sie lieferten die Energie, welche die ersten Maschinen antrieb, zum Beispiel im Glarnerland (Wasserkraft) oder in Winterthur (Holzkohle). Übernutzung führte allerdings zu einer ökologischen Krise: zu starker Erosion und wiederholten Überschwemmungen der Umgebung der Flüsse sowie zur Zerstörung der Infrastrukturen, die zur Wasserkraftnutzung an den Flüssen entstanden waren. Diese ökologische Krise führte gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu einem Rodungsverbot (Forstpolizeigesetz von 1876) und zu einem umfassenden Hochwasserschutzprogramm (Wasserbaupolizeigesetz von 1873). Diese Politik hatte Erfolg und erlaubte eine Stabilisierung der Lage.

Gehen wir zur modernen Schweizer Umweltpolitik über. Die ersten Jahre und Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg waren gekennzeichnet durch die dynamische wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung nach 1945. Stichworte dazu: starke Bevölkerungszunahme, starke wirtschaftliche Entwicklung, rasch zunehmender Konsum. Dies alles erfolgte ohne Bewusstsein für die Konsequenzen für das natürliche Umfeld. Die Zustände in den 60er und 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts: Gewässerverschmutzung, Abfallhalden, extreme Luftverschmutzung.

Die Reaktion von Gesellschaft und Politik in der Schweiz auf ein System, im dem ganz offensichtlich ein Regulationsfaktor fehlte: Innerhalb von nur 15 Jahren wurden gesetzliche Grundlagen geschaffen, um die Situation in den Griff zu kriegen – Natur- und Heimatschutzgesetz (NHG), Gewässerschutzgesetz (GSG), Umweltschutzgesetz (USG).

Auch diese Umweltpolitik hat Erfolge gehabt, das können wir ohne falsche Scheu sagen. Viele Probleme haben wir in der Schweiz in den Griff gekriegt. Die Abfälle werden heute geordnet entsorgt; wir sind daran, immer mehr Wiederverwertbares vor der Verbrennung herauszunehmen und aus der Ab-

Umweltpolitik ist Ressourcenpolitik

fall- eine eigentliche Rohstoffpolitik zu machen. Im Luftbereich spricht heute niemand mehr von zu hohen Schwefeldioxid-Werten oder vom Blei. In den Schweizer Gewässern können wir heute wieder bedenkenlos baden. Doch gelöst haben wir natürlich noch längst nicht alle Probleme, ich komme noch darauf.

Ähnlich ist es in den umliegenden europäischen Ländern verlaufen – nur dass die Schweiz in einigen Bereichen deutlich schneller war, so bei der Einführung des Auto-Katalysators, beim Verbot phosphathaltiger Waschmittel oder beim Aufbau einer Müllverbrennungs- und Abwasserreinigungsinfrastruktur. Das dem so ist, hat handfeste Gründe: Die Schweiz liegt im Gegensatz zu seinen Nachbarn nicht am Meer, leidet unter Inversionslagen und hat eine äusserst hohe Bevölkerungsdichte in den nutzbaren Landesteilen. Dies mit der Konsequenz, dass sich die Luftschadstoffe stauen und nicht fortgeblasen werden, oder mit der Konsequenz, dass wir die Abfälle nicht einfach ins Wasser kippen konnten. Viele Umwelt- oder Ressourcenprobleme zeigten sich bei uns deshalb früher und weit ausgeprägter. Und wir haben aus Eigeninteresse gut daran getan, sie rascher zu lösen als unsere Nachbarn.

### **Das BAFU leistet Beiträge, um Grundbedürfnisse der Gesellschaft sicherzustellen**

Diese zweite Phase der akuten Problemlösungen neigt sich heute dem Ende zu. In der Umweltpolitik hat eine neue Phase begonnen: Die klassische Umweltschutzpolitik der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts muss zur Politik der nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen werden.

In dieser Formulierung sind drei Elemente zentral:

- Umweltpolitik ist Ressourcenpolitik: Sie regelt den Zugang zu den natürlichen Ressourcen wie Luft, Wasser, Boden, Wald, Landschaft, Ruhe, etc. Diese bilden neben Arbeit und Kapital einen klassischen Produktionsfaktor.
- Nachhaltige Nutzung zum ersten: Die Nutzung der natürlichen Lebensgrundlagen darf langfristig das Naturkapital des Landes nicht gefährden.
- Nachhaltige Nutzung zum zweiten: Die Art und Weise der Nutzung muss so gestaltet werden, dass die Sicherheit und die Gesundheit der Menschen nicht bedroht werden.

Dies bedeutet: Die Interaktionen der Umweltpolitik mit dem wirtschaftlichen Geschehen und dem sozialen Gefüge des Landes müssen sehr sorgfältig als Ganzes betrachtet werden. Die verschiedenen Ansprüche an die natürlichen Ressourcen müssen aufeinander abgestimmt werden. Das Bundesamt für Umwelt muss deshalb (auch) ein ökonomisches Kompetenzzentrum werden – ich komme noch dazu.

Im Rahmen dieser Ressourcenpolitik leistet das Bundesamt für Umwelt Beiträge zu vier wichtigen Bereichen, die zentral für Natur, Wirtschaft und Gesellschaft sind: Zu Sicherheit, Gesundheit, natürlicher Vielfalt und Bereitstellung von Produktionsfaktoren.

**Sicherheit:** Das BAFU leistet einen Beitrag zu einem optimalen Schutz des Lebens und der Güter der Menschen vor Naturgefahren sowie denjenigen Gefahren, welche die Menschen durch ihr Einwirken auf die Umwelt selbst verursachen. Dabei geht es einerseits um Prävention (Risiken minimieren), andererseits um Mithilfe im Schadensfall (Bewältigung von Katastrophen).

**Gesundheit:** Das BAFU leistet einen Beitrag, die menschlichen Einwirkungen auf die Umwelt so zu steuern, dass die daraus resultierenden negativen Auswirkungen auf die Gesundheit minimiert werden können.

**Produktionsfaktoren bzw. Rohstoffe:** Das BAFU leistet einen Beitrag zum Erhalt und zur nachhaltigen Nutzung der natürlichen Produktionsfaktoren wie Holz, Trinkwasser, Boden, touristisch wertvolle Landschaften, Erholungsgebiete oder auch hochwertige Wohngegenden.

**Natürliche Vielfalt:** Das BAFU leistet einen Beitrag dazu, dass die Vielfalt der Arten von Tieren und Pflanzen in ihrem natürlichen Lebensraum erhalten, bzw. gefördert wird.

## **Das BAFU strebt eine volkswirtschaftlich optimale, kohärente und auf dem Dialog mit der Gesellschaft gegründete Umweltpolitik an**

Umweltpolitik ist also Ressourcenpolitik: Sie regelt den Zugang zu natürlichen Ressourcen; diese sind nebst Arbeit und Kapital ein klassischer Produktionsfaktor. Was heisst das: Den Zugang zu Ressourcen regeln?

**Volkswirtschaftliche Gesamtsicht.** Nehmen wir als Beispiel Flusswasser. Wie wollen wir es nutzen: Zur Produktion von Strom oder als Lebensraum für Fische? Als Verkehrsweg oder für den Tourismus? Natürliche Ressourcen wie Wasser tragen einerseits zur Wohlfahrt bei; das geschieht in Form einer gesunden Umwelt, die ihrerseits ein gesundes Leben ermöglicht. Die gleichen Ressourcen sind auf der anderen Seite aber auch ein Produktionsfaktor, auf dem unser Wohlstand basiert. Die Herausforderung an die Umweltpolitik besteht darin, den Zugang zu den natürlichen Lebensgrundlagen so zu regeln, dass für Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft ein Optimum erreicht wird. Wenn wir von Instrumenten der Umweltpolitik sprechen – Gebote / Verbote, wirtschaftliche Anreize, Information – müssen wir künftig stärker die volkswirtschaftliche Gesamtsicht ins Spiel bringen. Massnahmen zugunsten der Energiegewinnung haben Auswirkungen auf die Anliegen von Fischern und von Hoteliers. Die Frage stellt sich: Was ist der Nutzen der Energiegewinnung? Was ist der Nutzen der anderen Verwendungen des Flusses? Erst eine Gesamtsicht der volkswirtschaftlichen Auswirkungen erlaubt es, die richtigen Entscheide zu fällen. Das heisst, dass nicht einfach jede Umweltschutzmassnahme per se gut ist. Umgekehrt heisst es auch: Nicht jede Massnahme zugunsten der Wirtschaft ist per se gut. Nötig ist also eine gesamtheitliche, volkswirtschaftliche Abwägung aller Aktivitäten in der Umweltpolitik unter Berücksichtigung von Kosten und Nutzen.

**Kohärenz.** Wechseln wir die Optik und betrachten wir mögliche Umweltschutzmassnahmen aus der Sicht der „Betroffenen“, der Ziel- oder besser Dialoggruppen: Gegenüber der Landwirtschaft z.B. hat die Umweltpolitik eine Vielzahl von Anliegen. Die Stickstoffeinträge in Ökosysteme sind ein Problem, z.B. via offene Güllebehälter, Traktoren haben Dieselmotoren und stossen Feinstaub aus oder Monokulturen führen zur Verarmung unserer Landschaften und machen vielen Tieren und Pflanzen das Leben schwer. Gesamtheitliche Umweltpolitik heisst für mich, auch aus der Sicht der Betroffenen eine Gesamtsicht zu haben. Wie können Einzelmassnahmen inhaltlich sinnvoll koordiniert werden? Wieviel vermag die angesprochene Gruppe zu leisten und in welchen Zeiträumen? Was hat Priorität und was kann später kommen?

Und natürlich ist auch die Perspektive der einzelnen Teilbereiche der Umweltpolitik wichtig. Wie weit sind wir noch von einer gesunden Umwelt entfernt? Um wie viel muss die Belastung der Luft, des Wassers, des Bodens und der Lebewesen noch reduziert werden? Mit welchen Massnahmen lassen sich die nötige Verbesserungen erzielen?

**Dialog.** Es ist offenkundig, dass die Antworten auf all diese Fragen nicht einfach auf der Hand liegen. Das Bundesamt für Umwelt BAFU muss die technisch-wissenschaftliche Komplexität der Themen bewältigen und verständliche, plausible Antworten finden. Erst der Dialog mit den betroffenen Gruppen erlaubt aber, den notwendigen politischen Rückhalt zu finden und die Umsetzung der beschlossenen Massnahmen zu erleichtern. Und um diesen Dialog zu vereinfachen, muss das Amt eine wissenschaftlich fundierte, verlässliche Analyse der Faktenlage liefern.

**Fazit.** Schutz und Nutzung der natürlichen Lebensgrundlagen wie Luft, Wasser, Boden, Wald, ruhige Wohngegenden oder schöne Landschaften wollen wir konsequent aufeinander abstimmen. Einzelne umweltpolitische Massnahmen müssen zusammen mit anderen Politikbereichen wie zum Beispiel Finanzen, Infrastruktur, Landwirtschaft oder Aussenpolitik betrachtet werden – erst dann lässt sich beurteilen, ob sie gesellschaftlich und wirtschaftlich wirklich sinnvoll sind. Zwar kann dies im Einzelfall dazu führen, dass eine aus rein fachlicher Sicht notwendige Massnahme (noch) nicht realisiert wird. Unter dem Strich führt dies jedoch zu einer stärkeren Umweltpolitik. Zentral bei dieser gesamtheitlichen Betrachtung ist: Sie muss partnerschaftlich erfolgen, in engem Dialog zwischen Bundesamt für Umwelt mit Kantonen und Partnern aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.

## Die Organisation des Amtes

Mit der Fusion des ehemaligen BUWAL und grossen Teilen des ehemaligen BWG zum BAFU wollte der Bundesrat insbesondere Synergien in den Bereichen Gefahrenprävention, Wald und Wasser erzielen.

Entsprechend wurde das Amt strukturiert (siehe Abb. 8 und Faktenblatt 1):

- *Abteilung Gefahrenprävention.* Die vom Bundesrat und dem UVEK angestrebte Stärkung der Prävention im Bereich Naturgefahren wird in der Abteilung Gefahrenprävention erzielt. Diese setzt sich zusammen aus der ehemaligen BWG-Abteilung Naturgefahren sowie den ehemaligen BUWAL-Sektionen Schutzwald und Naturgefahren sowie Sicherheitstechnik. Die neue Organisationseinheit Notfallkonzepte wird Grundlagen für die Minimierung des Restrisikos bei Naturgefahren und technischen Risiken bereitstellen.
- *Abteilung Wald.* Die ehemalige Forstdirektion heisst neu Abteilung Wald und umfasst die ehemaligen Organisationseinheiten im BUWAL mit Ausnahme der erwähnten Sektion Schutzwald und Naturgefahren sowie der Biodiversität im Wald, welche der Abteilung Artenmanagement zugeordnet wird. Damit werden Waldaspekte im BAFU nicht nur in der eigentlichen Abteilung Wald präsent sein, sondern auch in zwei weiteren Abteilungen. Das widerspiegelt die Bedeutung der Waldpolitik im neuen Amt – sie erhält mehr Gewicht. Die Abteilung Wald hat weiterhin die Aufgabe, die Waldpolitik zu formulieren und zu koordinieren.
- *Abteilung Wasser.* Um im Bereich Wasser Synergien zu nutzen, wurde der ehemalige BWG-Bereich Gewässersysteme mit der ehemaligen BUWAL-Abteilung Gewässerschutz zur neuen Abteilung Wasser zusammengeführt.
- *Abteilung Hydrologie.* Die Abteilung umfasst alle Bereiche der ehemaligen BWG-Abteilung Landeshydrologie. Aus Synergiegründen wurde sie gleich wie die Abteilung Wasser Vizedirektor Willy Geiger unterstellt.
- *Abteilung Ökonomie, Forschung und Umweltbeobachtung.* Neu im Vergleich zur Vorgängerorganisation BUWAL ist hier die Sektion Wirtschaft; in dieser Sektion sollen insbesondere Fragen im Bereich Umweltökonomie vertieft behandelt werden.

## Die Herausforderungen für die Umweltpolitik des Bundes im 2006

Während wir uns grundsätzlich Gedanken gemacht haben zur Umweltpolitik und unsere Organisation festgelegt haben, ist die Welt selbstverständlich nicht stehen geblieben. Die kommenden Monate liefern dem Amt genügend Themen, um die gefassten Vorsätze umzusetzen. Hier ein Überblick über die Schwerpunkte unserer Arbeit im laufenden Jahr (siehe Faktenblatt 3).

### *Bewältigung Hochwasser 2005*

Es geht nebst der Förderung der Wiederinstandstellungsarbeiten insbesondere auch darum, die Ereignisse an und für sich sowie die bei der Bewältigung gemachten Erfahrungen zu analysieren und im Hinblick auf künftige Ereignisse Lehren zu ziehen.

### *Die Waldpolitik im Umbruch*

Die Organisation Helvetia Nostra lancierte die Volksinitiative „Rettet den Schweizer Wald“. Die Initiative wurde am 14. Oktober 2005 eingereicht. Gleichzeitig, d.h. bis zum 30. November 2005, erfolgte die Vernehmlassung zur ohnehin laufenden Teilrevision des Waldgesetzes.

Unsere vordringliche Aufgabe ist es, die Behandlung der Volksinitiative mit der Teilrevision des Waldgesetzes zu koordinieren.

### *Luftqualität / Feinstaub*

Trotz beachtlichen Fortschritten ist die Atemluft vor allem in Städten nach wie vor übermässig mit Schadstoffen belastet. Eine ganz besondere Herausforderung ist die Belastung der Luft durch Feinstäube. Vor allem Städte und verkehrsnahe Gebiete leiden unter zu hohen Feinstaub-Belastungen.

Mehr als 3 Millionen Menschen oder gut 40 Prozent der Bevölkerung in der Schweiz sind heute einer zu hohen Feinstaubbelastung ausgesetzt. Bundespräsident Moritz Leuenberger hat ja Anfang Woche seinen Aktionsplan gegen Feinstaub vorgestellt; wir werden in den kommenden Monaten an der Umsetzung arbeiten.

#### *Klimapolitik*

Das Jahr 2006 ist für die Schweizer Klimapolitik ein entscheidendes Jahr. Im Vordergrund steht die Behandlung der Botschaft zur Genehmigung des CO<sub>2</sub>-Abgabegesetzes für Brennstoffe durch das Parlament. Das BAFU hat die Beratungen in den beiden vorbereitenden Kommissionen zu begleiten. Bei einem positiven Entscheid des Parlamentes hat das BAFU die Einführung der CO<sub>2</sub>-Abgabe an die Hand zu nehmen.

Aus den internationalen Verpflichtungen der Schweiz ergeben sich für das BAFU weitere wichtige Aufgaben: Erstellen des Berichts zu Händen der Klimakonvention zur Bestimmung der zugeteilten Emissionsmenge, Aufbau des institutionellen Rahmens der Berichterstattung und Inventarerstellung nach Kyoto-Protokoll, Erstellen des Treibhausgasinventars für die Klimakonvention und für das Kyoto-Protokoll sowie Betreuung des nationalen Sekretariates SwissFlex zur Umsetzung der flexiblen Mechanismen gemäss Kyoto-Protokoll.

Das BAFU wird 2006 zudem einen Bericht des UVEK an den Bundesrat vorbereiten über die mittel- und längerfristigen klimapolitischen Ziele und über die Strategien und Massnahmen nach der Zielperiode 2008 bis 2012.

#### *Sicherheit im Umgang mit Chemikalien*

In der Schweiz ist die Belastung der Umwelt mit bekannten Schadstoffen wie Blei, Quecksilber, Cadmium, polychlorierten Dioxinen, PCB oder Nonylphenol erheblich zurückgegangen. Dennoch kann man heute in der Umwelt eine Vielzahl von Chemikalien nachweisen, über deren Herkunft, Wirkung und Verhalten noch wenig bekannt ist. Das BAFU wird helfen die Grundlagen zu verbessern, die für die Beurteilung von Chemikalien mit speziellen Eigenschaften oder Wirkungsmechanismen notwendig sind; dabei geht es um Chemikalien mit hormonaktiver Wirkung sowie um Nanomaterialien, die als Folge der sich rasch entwickelnden Nanotechnologie zunehmend auf den Markt drängen.

#### *Sicherheit im Umgang mit Organismen*

Mit Inkrafttreten des Gentechnikgesetzes und den dazu gehörigen Änderungen des Umweltschutzgesetzes sind die Anforderungen betreffend Freisetzungsversuche mit gentechnisch veränderten Organismen gestiegen. Das UVEK hat hierzu die revidierte Freisetzungsverordnung in die Anhörung geschickt. Darin wird auch der Umgang mit invasiven Pflanzen und Tieren geregelt. Die Anhörung dauert bis zum 3. April 2006. Die Verordnung selbst soll noch dieses Jahr in Kraft treten.

#### *Neuorientierung Abfallpolitik*

Die Abfallpolitik des Bundes hat seit 1985 eine deutliche Reduktion der Umweltbelastung bewirkt, unter anderem dank Verboten von Schadstoffen, besseren Deponiestandards und einem Ablagerungsverbot für unbehandelte Siedlungsabfälle. Ein neues Abfalleitbild und Neuerungen auf Verordnungsebene sollen den verstärkten Einsatz von marktwirtschaftlichen Elementen in der öffentlichen Abfallwirtschaft ermöglichen ohne die Entsorgungssicherheit zu gefährden. Langzeitüberlegungen wie Deponienachsorge und Ausarbeiten einer kohärenten umweltorientierten Ressourcen- und Produktpolitik werden weitere Tätigkeitsschwerpunkte sein. Massnahmen zur Sicherung eines einheitlichen Vollzugs und Aufbau eines Controllings sowie verbesserte Kommunikation mit Wirtschaft und Konsumenten zu Rohstoff-, Produkt- und Abfallpolitik werden diese ergänzen. Dieses Jahr beginnen die Arbeiten am neuen Abfalleitbild.

#### *Wasser*

Die Volksinitiative «Lebendiges Wasser» wirft viele komplexe Fragen auf, wie beispielsweise die ökonomischen und finanziellen Auswirkungen der Initiative oder die Auswirkungen auf die Energiegewinnung, wenn es darum geht, die Schwall-Sunk-Folgen unterhalb von Wasserkraftwerken zu reduzieren. Sollte die Initiative angenommen werden, würde das BAFU zuhanden des Departements Vorschläge ausarbeiten, damit dieses innerhalb von drei bis vier Monaten dem Bundesrat das weitere Vorgehen bezüglich der Initiative vorschlagen kann.

### *Pärke von nationaler Bedeutung*

Die NHG-Teilrevision entspricht einem breit abgestützten Anliegen der Kantone und Regionen. So haben sich im November 2005 gegen 20 Parkinitiativen zum „Netzwerk der Schweizer Parks“ zusammengeschlossen.

Das BAFU wird die Grundlagen zur Umsetzung der neuen Fördervorlage fertig stellen. Die Pärke-Verordnung und das Handbuch als Vollzugshilfe dazu sollen noch vor dem Sommer 2006 in die Anhörung bei den Kantonen und interessierten Kreisen gehen, damit sie zusammen mit dem Gesetz ebenfalls auf den 1.1.2007 in Kraft treten können.

Zudem wird 2006 und in den Folgejahren die intensive Begleitung der zahlreichen Parkinitiativen in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Kantonen weiter geführt.

### *Kundenbeziehungen*

Verschiedene Kunden- und Partnerkontakte sind bereits heute institutionalisiert. So finden z.B. regelmässige Treffen zwischen der BAFU-Direktion und den Kantonsregierungen statt, die einerseits dem generellen Gedankenaustausch zu umweltpolitischen Fragen dienen, andererseits der Bewältigung konkreter Vollzugsprobleme. Um die Umweltpolitik in Bezug auf ihre Kohärenz optimal auszurichten, die Entwicklung sowie den Vollzug von Umweltmassnahmen frühzeitig mit allen beteiligten Akteuren abzusprechen und auch für alle Beteiligten die richtige Priorisierung bei der Umsetzung der Massnahmen zu setzen, wird das BAFU im Jahr 2006 den Bereich Kunden- und Partnerbeziehungen stärken. Ziel ist eine wirkungsorientierte Umweltpolitik, bei der das breite Aufgabenfeld innerhalb des Amtes abgestimmt ist und alle daraus resultierenden Massnahmen mit den betroffenen Akteuren koordiniert sind.

### *Beitritt EUA*

Die Europäische Umweltagentur EUA ist für die Europäische Union und für ihre Mitgliedstaaten die Hauptinformationsquelle beim Erarbeiten ihrer Umweltpolitik. Das Ziel der Agentur besteht darin, die nachhaltige Entwicklung zu unterstützen und dabei zu einer deutlichen und messbaren Verbesserung des Zustandes der Umwelt in Europa beizutragen. Dazu stellt sie den Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit fundierte, sachdienliche und zuverlässige Informationen zur Verfügung.

Das Jahr 2006 bringt den Beginn der Umsetzung der schweizerischen Vollmitgliedschaft gemäss Bilateralem Abkommen II.

## **Abschluss und Dank**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wie Sie sehen, werden uns in den nächsten Monaten die Gelegenheiten nicht fehlen, uns um die konkrete Umsetzung der zu Beginn dieser Präsentation dargelegten Gedanken zu kümmern.

Und es besteht – wie mir scheint – Grund anzunehmen, dass die Schweizer Bevölkerung Recht hat zu denken, dass eine Umweltpolitik weiterhin nötig und langfristig unabdingbar ist für das Wohlergehen unseres Landes.

Das Amt und auch ich persönlich werden alles tun, diesen Herausforderungen zu begegnen und unseren Beitrag an das Gedeihen unserer Gesellschaft zu leisten.

Besten Dank für ihre geduldige Aufmerksamkeit!